



Wissenschaftsausschuss

52. Sitzung (öffentlich)

17. Juni 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 16:55 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Forschungsfreiheit mit Leben erfüllen – Die Annahme von Drittmitteln durch private Geldgeber braucht versierte fachliche Überprüfung** **5**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8582

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage 1*)

- 2 Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften** **16**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8795
Ausschussprotokoll 17/999 (Anhörung vom 14.05.2020)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.

- 3 Plasmaspende rettet Leben: Landesinitiative zur Förderung der Plasmaspende – Unterstützung des Einsatzes von Antikörpern gegen Sars-CoV-2** 18
- Antrag
der Fraktionen der CDU und
der FDP
Drucksache 17/9369
- Verfahrensabsprache
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss folgt dem Vorschlag Dr. Stefan Nackes (CDU), sich nachrichtlich an einer Anhörung des federführenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu beteiligen.
- 4 Digitale Angebote an den Hochschulen und Hochschulbibliotheken** 19
(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3486
- Wortbeiträge
- 5 Cyberangriff auf die Universitäts- und Stadtbibliothek (USB) Köln** 20
(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3487
- Wortbeiträge
- 6 Verschiedenes** 21
- a) Nothilfe für Studierende** 21

b) Studiengang Veterinärmedizin	21
c) Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“	22
d) themenoffene Forschungsförderung	23
e) Evaluation der Weiterbildungskonferenz 2019	24
Der Ausschuss kommt überein, am 22. September 2020 eine Evaluation der Weiterbildungskonferenz 2019 vorzunehmen.	
f) Zusätzlicher Sitzungstermin wegen Haushaltsberatungen 2021	24
Der Ausschuss beschließt auf Vorschlag der Vorsitzenden, am 28. Oktober 2020 eine Ausschusssitzung abzuhalten.	
g) Promotionskolleg	25
Der Ausschuss kommt auf Vorschlag von Daniela Beihl (FDP) überein, Vertreter des Graduierteninstituts zu einer der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen, damit diese über den aktuellen Sachstand berichten.	
h) Lehrbeauftragte an Kunst- und Musikhochschulen	25

2 Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 17/8795

Ausschussprotokoll 17/999 (Anhörung vom 14.05.2020)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation – federführend – und an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 11. März 2020)

Daniela Beihl (FDP) wirbt um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf. Die schnellere Digitalisierung der Verwaltung bis 2025 statt bis 2031 werde begrüßt. Sie bedeute einen Schub für die Digitalisierung in Nordrhein-Westfalen insgesamt und insbesondere für die Hochschulen. Die Hochschulen hätten sich 2018 proaktiv für ihre Einbeziehung in das E-Government-Gesetz eingesetzt. Zur Digitalisierung erhielten die Hochschulen zusätzliche Mittel in Höhe von 149,2 Millionen Euro. Die Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Kunst- und Musikhochschulen begrüßten dies ausdrücklich.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) lehnt den Gesetzentwurf ab, auch wenn es durchaus richtig und sinnvoll sei, die Hochschulen in den Geltungsbereich des E-Government-Gesetzes einzubeziehen.

Sowohl die Kommunen als auch viele andere Beteiligte hätten in der Anhörung sehr deutlich gemacht, dass das Gesetz zwar ein begrüßenswertes Ziel verfolge, die Unterfütterung zum Beispiel für den kommunalen Bereich aber nicht ausreiche. Auch sei der Open-Data-Bereich nicht gut umgesetzt.

Dietmar Bell (SPD) legt dar, die SPD lehne den Gesetzentwurf aus ähnlichen Gründen wie die Grünen ab. Die Kanzlerinnen und Kanzler der Hochschulen hätten in ihrer Stellungnahme die zugesagten finanziellen Mittel begrüßt, aber auch auf bleibende Investitions- und Unterhaltungskosten hingewiesen. Die Frage der digitalen Dividende werde kritisch gesehen.

Auch die kommunalen Spitzenverbände hätten sich sehr kritisch zum Gesetzentwurf geäußert. So handele es sich nach Auffassung der Stadt Wuppertal eher um eine Aktualisierung als um eine anzustrebende Modernisierung. Ebenso wenig seien Gewerkschaften von dem Gesetzentwurf überzeugt gewesen.

Dr. Stefan Nacke (CDU) bewertet die Anhörung positiv. Angesichts der vergangenen Wochen und Monate sei die Förderung der Digitalisierung besonders bedeutsam.

Helmut Seifen (AfD) teilt mit, die AfD-Fraktion stimme dem Gesetzentwurf trotz der Unvollkommenheiten zu.

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.